**Lebenshilfe: Forderungen an Behindertenpolitik und Analyse der Wahlprogramme**

## ****Lebenshilfe unterstützt Forderungen von Behindertenrat und Behindertenanwalt und untersucht Wahlprogramme der Parteien im Hinblick auf Inklusion****

Die Lebenshilfe unterstützt als Mitglied des Österreichischen Behindertenrats das Papier „Behindertenpolitik 2017-2020“, das heute von Behindertenanwalt Hansjörg Hofer und Behindertenrat-Präsident Herbert Pichler vorgestellt wurde. Die speziellen Forderungen der Lebenshilfe für Menschen mit intellektuellen Behinderungen wurden den wahlwerbenden Parteien als Aufruf an eine inklusive Gesellschaft bereits im Juli vorgelegt.

### ****Forderungen der Lebenshilfe an künftige Behindertenpolitik****

Frauen und Männer mit Behinderungen sollen in ganz Österreich die gleichen Chancen und Rahmenbedingungen wie alle anderen auch vorfinden. Welche Leistungen jemand bekommt, soll nicht vom Wohnort abhängen. Menschen mit intellektuellen Behinderungen wollen ihr Lebensumfeld aktiv mitplanen. Dafür fordert die Lebenshilfe umfassende Barrierefreiheit, insbesondere durch einfache Sprache im kommunikativen Bereich.

Inklusive Bildung von der Frühförderung bis zur universitären und Berufsausbildung soll rasch umgesetzt, Menschen mit intellektuellen Behinderungen von Bildungschancen in der Regelschule nicht mehr ausgeschlossen werden.

„Menschen mit intellektuellen Behinderungen wollen ein individuelles Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben. Jeder soll mit Unterstützung und ohne Nachteile mit voller sozialversicherungsrechtlicher Absicherung zu seinem Unterhalt aktiv beitragen können. Darüber hinaus fordern wir ganz auf jede Person zugeschnittene Dienstleistungen, die sie mitentwickeln und auswählen kann. Menschen mit intellektuellen Behinderungen wollen selbst bestimmen wo, wie und wem sie wohnen wollen. Darum fordern sie persönliche Assistenz für alle Lebensbereiche“, so Hanna Kamrat, Vorsitzende der SelbstvertreterInnen der Lebenshilfe.

Menschen mit intellektuellen Behinderungen wollen ein gesetzlich und finanziell abgesichertes Pflegegeld. Dieses Pflegegeld soll mit der allgemeinen Teuerung wachsen. Die Neuregelung für den Pflegeregress soll auch für Einrichtungen der Behindertenhilfe gelten. Zugriffe auf das Erbe von Menschen mit intellektuellen Behinderungen seitens der öffentlichen Hand sollen abgeschafft werden.

### ****Analyse der Wahlprogramme hinsichtlich Inklusion und Teilhabe****

„Wir analysieren, ob sich der Aufruf an eine inklusive Gesellschaft in den Wahlprogrammen der kommenden Nationalratswahl wiederspiegelt. Als Interessenvertretung für die **Rechte von Menschen mit intellektuellen Behinderungen haben Inklusion und Teilhabe oberste Priorität. Die Ergebnisse aus der Analyse der Wahlprogramme werden a**m 28. September im Rahmen der 50-Jahr-Feier der Lebenshilfe präsentiert“, so Albert Brandstätter, der Generalsekretär der Lebenshilfe Österreich.

Download der Forderungen “Politischer Aufruf an eine Inklusive Gesellschaft” und alle Infos zur Analyse der Wahlprogramme: [www.lebenshilfe.at](http://www.lebenshilfe.at)

Pressemitteilung in Einfacher Sprache **Die Lebenshilfe stellt Forderungen an die künftige Behindertenpolitik**

Die Lebenshilfe unterstützt das Forderungspapier von Behindertenanwalt Hansjörg Hofer und Behindertenrat-Präsident Herbert Pichler.
Die Forderungen der Lebenshilfe für Menschen mit intellektuellen Behinderungen wurden den Parteien bereits im Juli vorgelegt.
BürgerInnen mit und ohne Behinderungen sollen in ganz Österreich die gleichen Chancen und Rechte vorfinden.
Menschen mit intellektuellen Behinderungen sollen in der Regelschule nicht mehr ausgeschlossen werden.
Menschen mit intellektuellen Behinderungen wollen ein Recht auf Teilhabe am Arbeitsleben.
Menschen mit intellektuellen Behinderungen wollen selbst bestimmen wo, wie und wem sie wohnen wollen. Darum fordern sie persönliche Assistenz für alle Lebensbereiche.
Menschen mit intellektuellen Behinderungen wollen ein gesetzlich und finanziell abgesichertes Pflegegeld.
Zugriffe auf das Erbe von Menschen mit intellektuellen Behinderungen seitens der öffentlichen Hand sollen abgeschafft werden.

Die Lebenshilfe analysiert, ob die Rechte von Menschen mit intellektuellen Behinderungen in den Wahlprogrammen beachtet werden.

Forderungen der Lebenshilfe zum Download unter: [www.lebenshilfe.at](http://www.lebenshilfe.at)